

Kleine Anfrage 960

des Abgeordneten Volker Nothing (AfD-Fraktion)

an die Landesregierung

Psychische Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen – Risikofaktoren und Versorgungssituation in Brandenburg

Bundesweite Studien zeigen, dass rund ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen psychische Auffälligkeiten aufweist, wobei Kinder aus sozial benachteiligten und psychisch belasteten Familien besonders gefährdet sind. Krankenkassenanalysen deuten darauf hin, dass in Brandenburg mehr als jedes vierte Schulkind psychische Probleme hat. Gleichzeitig gehört Brandenburg bei der psychotherapeutischen Versorgung zu den Ländern mit der niedrigsten Versorgungsdichte. Kinder- und Jugendpsychiater sowie Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten sind besonders rar, sodass vielerorts lange Wartezeiten und große Entfernungen zur nächsten Praxis entstehen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit die Landesregierung die Risikofaktoren und die Versorgungslage für Kinder und Jugendliche mit psychischen Auffälligkeiten in Brandenburg erfasst und welche Konsequenzen sie daraus zieht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die Häufigkeit psychischer Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen in Brandenburg?
Bitte nach Alter, Geschlecht und – soweit möglich – nach Landkreis/kreisfreier Stadt differenzieren.
2. Auf welche Studien, Register, Routinedaten (z. B. Krankenkassen, Schulgesundheitsdienst, Jugendhilfe) stützt die Landesregierung ihre Einschätzung zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Brandenburg?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zum Zusammenhang zwischen niedrigem sozioökonomischem Status (u. a. Kinderarmut, Arbeitslosigkeit der Eltern, Bildungsstand der Eltern) und psychischen Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen in Brandenburg vor?
4. Welche Daten oder Analysen liegen der Landesregierung zu psychischen Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen mit folgenden Risikokonstellationen vor:
 - a) psychische Erkrankung oder Suchterkrankung mindestens eines Elternteils,
 - b) Alleinerziehenden-Haushalt,

- c) belastende Kindheitserfahrungen (z. B. Gewalt, Vernachlässigung, Missbrauch),
 - d) Migrations- bzw. Fluchterfahrung und/oder unsicherer Aufenthaltsstatus?
5. Wie bewertet die Landesregierung die Bedeutung von schulischen Faktoren (Mobbing, Leistungsdruck, Schulabsentismus, Schulform, Schulklima) für die Entstehung psychischer Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen und welche Daten liegen ihr hierzu speziell für Brandenburg vor?
 6. Wie viele zugelassene Fachärztinnen und Fachärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie stehen in Brandenburg zum jeweils aktuellsten verfügbaren Stichtag insgesamt und nach KV-Planungsbereichen zur Verfügung?
Bitte Planungsbereich, Zahl der Sitze sowie Einwohnerzahl der jeweiligen Altersgruppe angeben.
 7. Wie viele zugelassene Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten stehen in Brandenburg zum jeweils aktuellsten verfügbaren Stichtag insgesamt und nach KV-Planungsbereichen zur Verfügung (bitte Planungsbereich, Zahl der Sitze sowie Einwohnerzahl der jeweiligen Altersgruppe angeben)?
 8. Wie stellt sich nach Kenntnis der Landesregierung die Versorgungsdichte mit
 - a) Kinder- und Jugendpsychiatern und
 - b) Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten je 100 000 Einwohner unter 18 Jahren in Brandenburg im Vergleich zum Bundesdurchschnitt und zu anderen Bundesländern dar?
 9. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu durchschnittlichen Wartezeiten auf einen Ersttermin sowie auf den Beginn einer regelhaften ambulanten Behandlung bei Kinder- und Jugendpsychiatern und Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten in Brandenburg vor (bitte, soweit möglich, nach Region differenzieren)?
 10. Welche stationären und teilstationären Angebote der Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychosomatik bestehen in Brandenburg (Standorte, Zahl der Betten/Plätze, durchschnittliche Auslastung, Einzugsgebiete)?
 11. Welche Programme und Maßnahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen werden aktuell landesweit bzw. modellhaft gefördert (z. B. Programme zur Stärkung sozial-emotionaler Kompetenzen in Kitas und Schulen, Anti-Mobbing-Programme, Schulsozialarbeit, kommunale Präventionsketten)?
 12. In welchem Umfang und in welcher Form werden gezielt Familien mit erhöhten psychosozialen Risiken (u. a. Armut, psychisch erkrankte Eltern, Alleinerziehende, Flucht-/Migrationserfahrung) durch Frühe Hilfen, Familienhebammen, sozialpädiatrische Zentren, aufsuchende Hilfen oder andere Programme unterstützt?
Bitte Maßnahmen, Zuständigkeiten und – soweit verfügbar – erreichte Familienzahlen darstellen)?

13. Welche spezifischen Präventions- und Unterstützungsangebote gibt es für Kinder und Jugendliche mit Flucht- und Migrationserfahrung sowie für Kinder mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen im Hinblick auf psychische Belastungen?
14. Wie wird sichergestellt, dass Angebote der Prävention und Frühen Hilfen tatsächlich die Kinder und Jugendlichen in besonders belasteten sozialen Lagen erreichen, und wie überprüft die Landesregierung die Wirksamkeit dieser Maßnahmen?
15. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus dem Gutachten zur Psychiatrieberichterstattung für Brandenburg im Hinblick auf die Versorgung psychisch belasteter Kinder und Jugendlicher, insbesondere bezüglich Datengrundlage, Bedarfplanung und Kapazitätsausbau?
16. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung kurz-, mittel- und langfristig, um die Versorgung mit Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie zu verbessern (z. B. zusätzliche Sitze, Förderprogramme, Anreizsysteme für ländliche Regionen, Ausbau sozialpsychiatrischer Leistungen)?
17. Wie bewertet die Landesregierung die Möglichkeit, gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg und den Kommunen regionale Versorgungsziele und -standards für die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen festzulegen, und welche Schritte sind hierzu ggf. bereits eingeleitet worden?